

## labora et labora!



### **SCHWERPUNKT: ARBEIT**

Ist Glück prekär? Wie arbeiten wir heute, wie morgen? Ist Arbeitslosigkeit eine Schande? Fragen, die unser Schwerpunkt aufgreift. **Seiten 3 bis 11**

### **WOLLN WA NICH I:**

Sexismus: Was wird an der Hochschule eigentlich dagegen getan und mit welchen Erfolgen? **Seiten 12 und 13**

### **WOLLN WA NICH II:**

Biosprit: Nachhaltig und umweltverträglich soll er sein? Doch wer behauptet das eigentlich? **Seiten 14 und 15**

### **MEGASKANDAL:**

Alkoholisierter ParlamentarierInnen verhöhnen im StuPa die Demokratie **Seite 2**

## editorial

Sommer. Parks und Straßencafés sind übergangslos wieder Zentrum des Lebens geworden. Menschen werfen mit Sportgeräten um sich, nicht wenige haben ihre Campingcomputer auf dem Schoß. Was machen die da? Arbeiten vielleicht? Haben die kein Büro? Oder ist das Café um die Ecke ihr selbstgewählter Arbeitsplatz? Und was heißt in diesem Zusammenhang „selbstgewählt“? Der Zwang, den Lebensunterhalt mit einer Lohnarbeit verdienen zu müssen, ist schließlich nicht weg, nur weil sich die Bedingungen ändern unter denen wir ihm nachkommen. Was es für unser Leben heute und in Zukunft bedeutet, dass unsere Realität immer mehr eine gut gerenderte Second-Life-Kopie wird, haben sich AutorInnen der HUCH! gefragt. Konkrete Antworten bleiben wir, wie es sich für anständige JungakademikerInnen gehört, schuldig. Den einen oder anderen Anstoß zum Weiterdenken, -lesen und -diskutieren geben wir dennoch. Hoffentlich.

Die Bilder in dieser Ausgabe stammen sämtlich von der Demonstration zum Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen am 2. Mai. Besonderer Dank geht an Patricia (verbalart.de). Sincerely, HUCH!

## inhalt

- 3**    **Nichts als Arbeit**  
Geleitwort zum Schwerpunkt
- 4**    **Bist du AKU oder was?**  
Arbeitskraftunternehmer\_innen
- 6**    **Schwere Zeiten**  
Prekäre Beschäftigung
- 8**    **Nebenher Arbeiten**  
Studentische Beschäftigte
- 10**   **Studierende und gute Arbeit**  
Zur DGB Studie „Gute Arbeit“
- 11**   **„Kein Schweiß für Geld“**  
Vom Kampftag der Arbeitslosen
- 12**   **Kopf aus dem Sand**  
Sexismus, Universität und fzs
- 14**   **Biosprit**  
Vom Problem mit Agrokraftstoff

# Ständische Vertretung

## Neues aus StuPa und RefRat

Zweimal bereits hat das 16. StuPa getagt und auf diesen Sitzungen wenig überraschend das Präsidium und mehrere Referate mit Personen aus dem Umfeld der Mehrheitslisten besetzt (zur Zusammensetzung des Parlaments vgl. HUCH! Nr. 53). Außerdem wurden so faszinierende Punkte wie die Tagesordnung, Protokolle und die Quotierung der Redeliste auf Betreiben der Minderheit aufs ausführlichste diskutiert. Immer wieder kehrte die bisweilen sogar unterhaltsame Debatte um den Alkoholisierungsgrad einzelner ParlamentarierInnen. Streng dem Ideal des investigativen Journalismus verpflichtet, hat die HUCH! auf der vergangenen Sitzung an 36 Mitgliedern des StuPa unbemerkt Alkoholtests durchgeführt. Das erschreckende Ergebnis: ein Gesamtblutalkoholgehalt von 21,4 Promille. Der Versuch, diesen *Skandal* im RefRat zur Sprache zu bringen, scheiterte daran, dass dessen Mitglieder fadenscheinig darauf verwiesen, dass sie wichtigere Dinge zu tun hätten. Darunter fallen so überflüssige Tätigkeiten wie die Koordination des Sozialberatungssystems, die Unterstützung studentischer Gruppen bei der Raumsuche in der Universität, die Abhaltung von Koordinierungstreffen mit anderen Studierendenvertretungen sowie die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen zur 75. Wiederkehr des Datums der Bücherverbrennung. Des weiteren reden sich die ReferentInnen damit heraus, dass die Gremien der Universität ihre volle Aufmerksamkeit fordern, ist doch ein Streit zwischen Uni-Präsident Marksches und dem Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und Senator Ulrich Kamecke soweit eskaliert, dass der Präsident per Telefon dem Senator derart gedroht haben soll, dass dieser beleidigt alle Ämter niederlegte. Der RefRat mißbilligt diese Umgangsformen und fordert den Präsidenten auf, es Professor Kamecke gleichzutun.

Gleichzeitig gehen die Bemühungen um eine barrierefreie Universität weiter. Den Verweis der Uni-Leitung auf mangelnde Mittel zum Nachteilsausgleich für behinderte und chronisch kranke Studierende beurteilt der RefRat nicht als befriedigende Antwort auf die Forderung, das Problem zu lösen. Dass das Geld bisher nicht ausreicht, war den ReferentInnen nämlich bereits bekannt gewesen.

Das Referat für Hochschulpolitik organisiert derweil eine ambitionierte Veranstaltungsreihe zu aktuellen hochschulpolitischen Fragen und zur prinzipiellen Strategie und Taktik studentischer Politik (Termine auf der letzten Seite).

Viel Zeit wendeten Technik und Referate auf den Relaunch der Webseite des RefRat auf. Unter der Adresse [www.refrat.de](http://www.refrat.de) finden sich nun die nutzerInnenfreundlicher gestalteten Seiten. Hie und da gibt es noch bugs, Hinweise darauf sind gern gesehen.

Unvorstellbar eigentlich, dass die Mitglieder des RefRat diese Nebensächlichkeiten für wichtiger halten als den von der HUCH! aufgedeckten *Megaskandal* um alkoholisierte ParlamentarierInnen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Öffentlichkeit aufzurufen, den unhaltbaren Zuständen in der studentischen Selbstverwaltung Einhalt zu gebieten. Studentinnen und Studenten, es ist an Euch, aktiv zu werden und Maßnahmen zu ergreifen! Die nächste StuPa-Sitzung findet am 16. Juni, um 18.30 Uhr im Audimax statt.

In diesem Sinne: Prost!





Foto: Markus Pasterny

# Nichts als Arbeit

Was ist eigentlich Arbeit? Ist Freizeit noch irgendetwas anderes als ein ideologisches Konstrukt? Fragen als Kick-off zum Schwerpunkt Arbeit. VON KATHARINA PAAR

Unser Leben ist geprägt von übervollen Terminkalendern und endlosen to-do-Listen, dennoch ist nicht alles, was wir tun, Arbeit, oder vielleicht doch? Welche der Tätigkeiten unseres Alltag sehen wir nach welchen Kriterien als Arbeit an?

Die Art der Tätigkeit als Entscheidungsgrundlage zu nehmen, reicht nicht aus, denn dieselbe Tätigkeit in unterschiedlichen Kontexten würde mal als Arbeit angesehen werden und mal nicht. So wird auch ihre Verrichtung nur in bestimmten Kontexten durch Bezahlung anerkannt. Nun aber anzunehmen, dass nur entlohnte Tätigkeiten Arbeit sind, wäre fatal und würde die vielen Stunden unbezahlter Arbeit einfach ignorieren. Auch ein Studium und die Zeit in der Bibliothek fielen so unter den Tisch. Natürlich könnte jetzt argumentiert werden, dass sich die im Studium geleistete unbezahlte Arbeit später in einem höheren Einkommen wieder ausgleicht, jedoch greift dieses Argument in anderen Bereichen nicht. So wird vor allem soziale Arbeit, wie die Pflege von Alten und Kranken oder die Versorgung und Bildung von Kindern, durch die Verrichtung von unbezahlter bzw. unterbezahlter Arbeit geleistet. Auch die immer noch überwiegend von Frauen geleistete Reproduktionsarbeit wird nicht entlohnt.

Die Suche nach einer passenden Definition von Arbeit führt nahezu zwangsläufig zur Frage nach ihrem Wert und ihrer Anerkennung. Die Wertschätzung einer Tätigkeit ist einerseits von dem Nutzen für andere bzw. die Gesellschaft und andererseits den Werten und Normen des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes bestimmt. Die gesellschaftliche Anerkennung von verrichteter Arbeit drückt sich in finanzieller Entlohnung aus, was unbezahlte Tätigkeiten von dieser Anerkennung ausschließt.

Es ist ein Irrglaube, dass Arbeit objektiv messbar wäre. Der Einfluss der durch gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägten sozialen Faktoren verzerrt das Bild erheblich. So spielen zum Beispiel die soziale und ethnische Herkunft der Arbeitenden eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung ihrer Arbeit. Aber auch das Geschlecht und/oder die jeweilige Integration in soziale Netzwerke trägt dazu bei, die gleiche Arbeit unterschiedlich zu bewerten und anzuerkennen.

Arbeit hat gesellschaftlich betrachtet eine wichtige Integrationsfunktion und dient als sozialer Platzanweiser, wodurch Chancen und Möglichkeiten eines Individuums innerhalb der Gesellschaft bestimmt werden. Spätestens beim Verlust der Arbeit wird deutlich, welche soziale und systematische Integrations- bzw. Ausgrenzungsfunktion Arbeit hat.

Oft wird das Ende vom „Normalarbeitsverhältnis“ heraufbeschworen und die Diskussion über die Zukunft oder das Ende der Arbeitsgesellschaft gebiert lebhaft neue Theorien. Der Wandel ist eben nicht von der Hand zu weisen. Der folgende Schwerpunkt betrachtet verschiedene Phänomene des gesellschaftlichen Wandels von gesellschaftlicher Arbeit, ihrer Strukturen sowie ihrer Anerkennung. ArbeitnehmerInnen wird mehr und mehr die Verantwortung für die Verwertbarkeit ihrer eigenen Arbeitskraft zugeschoben und die in der Theorie vom Arbeitskraftunternehmer (AKU) beschriebenen Phänomene prägen das Bild der Arbeitslandschaft. Mit dem Begriff Prekarisierung wird versucht, der fortwährenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, von denen viele betroffen sind, einen Namen zu geben und so fern ab von der Realität in einem theoretischen Diskurs mitreden zu können. Die Arbeitsbedingungen von Studierenden sind dabei zwar auch eher prekär, aber dem wissenschaftlichen Diskurs auch recht nah.

Es lässt sich also feststellen, dass das Ziel der Vollbeschäftigung immer mehr zur Illusion wird. Wozu soll „arbeiten gehen“ dann überhaupt noch gut sein? Die derzeitige technische Entwicklung kapitalistischer Industriestaaten macht den Einsatz menschlicher Arbeitskraft zunehmend überflüssiger. In vielen Berufszweigen läuft ein Großteil der Arbeit automatisiert, so dass es kaum noch notwendig ist, menschliche Arbeitskraft einzusetzen. Das sozialstaatliche Gefüge jedoch will trotz steigender Arbeitslosenzahlen nicht so richtig umsteuern. Momentan richtete sich der direkteste Zwang gegen jene, die freiwillig oder auch nicht im Leben nach der Arbeitsgesellschaft angekommen sind. Dem staatlich sanktionierten Schwachsinn vom Arbeitszwang entgegentretend, demonstrierten die Arbeitslosen am 2. Mai. Das und noch mehr findet sich auf den nächsten Seiten.

# Bist Du AKU oder was?

Ist die schöne neue Arbeitswelt wirklich so schön? Ein Modell zeitgenössischer Arbeitsorganisation soll diese Frage beantworten helfen und betrachtet dafür die Mechanismen der Entgrenzung und Individualisierung von Arbeit. VON EVELYN RAHM

Die „digitale Bohème“ ist in aller Munde. Zu schön ist das reichlich verkürzte Bild, das seit Erfindung des Schlagwortes durch die Köpfe der Menschen geistert (1). Die Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben trotz Erwerbsarbeit treibt auch Studierende an und wird durch all die Menschen mit den Apple-Laptops in den charmanten Cafés weiter angefeuert. Sitzt zum Beispiel eine Mediendesignerin nicht gerade „arbeitend“ in einem Café, überlegt sie sich, welche Vernissage besucht werden soll, ob sich bei der einen nicht eher als bei der anderen die Gelegenheit ergibt, nutzbringende Kontakte zu schließen. Dort erhält sie nebenbei aktuelle Informationen über Ausschreibungen oder die Vor- und Nachteile neuer Programme, und mit etwas Glück lässt sich bei einem Gläschen Wein sogar ein Auftrag an Land ziehen. Gegenüber den als eng oder bevormundend wahrgenommen Hierarchien und der Langeweile in Betrieben steht die Verheißung der Selbstverwirklichung, der Selbstständigkeit und der Erweiterung der Spielräume, die der schnöden Erwerbsarbeit einen Erlebnischarakter verleihen.

Eine andere Analyse der neuen Formen von Arbeit, von deren Subjektivierung und Entgrenzung legten die Soziologen Günter Voß und Hans Pongratz bereits 1998 mit ihrem Modell des „Arbeitskraftunternehmer“, kurz AKU, vor. Sie stellten die These auf, dass sich auf Grund des Strukturwandels der Arbeit die gesellschaftliche Verfassung der Ware Arbeitskraft grundlegend verändere. Hintergrund dieses Strukturwandels sind seit Jahren stattfindende betriebliche Reorganisationsprozesse. Es zeichnet sich ein Wandel von der rigiden Steuerung und Detailkontrolle des Handelns der Beschäftigten hin zu Flexibilisierung und einer strukturellen Entgrenzung von Arbeit ab. Marktähnlich gestaltete Auftragsbeziehungen ersetzen nun in Betrieben eine hierarchische Arbeitssteuerung durch strikt vorstrukturierte Tätigkeitsformen. Dies zielt auf eine steigende Verantwortlichkeit der Arbeitenden ab. Die indirekte Arbeitssteuerung etwa durch Leistungsvorgaben tritt gegenüber direkter zentraler Führung in den Vordergrund.

Die Autoren betonen, dass der AKU ein Idealtypus, ein analytisches Instrument mit charakteristischen Merkmalen, ist. Er soll also kein Abbild der Realität bieten, sondern vielmehr sei er als Prognose für den zukünftigen normativen Leittypus für die Veränderungen des Arbeits- und Erwerbslebens zu verstehen. Dabei lassen sich drei wesentliche Merkmale ausmachen.

## 1. Selbst-Kontrolle

Die direkte hierarchische Fremdkontrolle wird ersetzt durch Selbst-Kontrolle, es kommt zu einer veränderten Verausgabung und Nutzung der Arbeitskraft. Denn die Arbeitenden selbst sind nun für die Umwandlung ihres Arbeitsvermögens in konkrete Leistung verantwortlich. Diese Selbst-Kontrolle hat mehrere Dimen-

sionen. Bezüglich der Arbeitszeit äußert sich dies in der Vervielfältigung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten und in der Anforderung, die eigene Arbeit zeitlich zu strukturieren. Die Bindung an betriebliche Orte, also den Arbeitsraum, wird gelockert, sowie die räumliche Regulierung an die Arbeitenden delegiert. Soziale Steuerungsvorgaben verlieren an Bedeutung, wohingegen sich die Kontrolle von Arbeit innerhalb von Gruppen und Projekten mittels der Herstellung und Regulation der Beziehungen in der Gruppe vollzieht. Die fachliche Kompetenz muss in Eigeninitiative erweitert und flexibel einsetzbar sein. Mit zunehmender Selbstorganisation von Arbeitszusammenhängen wird die Fähigkeit zu Eigenmotivation immer mehr zur Voraussetzung. Zudem werden von den Arbeitenden in verstärktem Maße mediale Eigenleistungen verlangt, zum Beispiel der Besitz eines eigenen Computers. Die Selbst-Kontrolle der Arbeitenden bewirkt, dass aus dem rohen Arbeitsvermögen ein veredeltes Halbfertigprodukt wird.

## 2. Selbst-Ökonomisierung

Der Begriff der Selbst-Ökonomisierung zeigt eine Veränderung des Verhältnisses der Arbeitenden zur eigenen Arbeitskraft als Ware an. Im Fordismus, dem klassischen Modell der betrieblichen Arbeit (2), herrschte eine passive Verausgabung von Arbeitskraft unter Fremdsteuerung vor. Demgegenüber werden die Arbeitenden nun zu kontinuierlich strategisch handelnde Akteuren, die ihr einziges Vermögen, ihre Arbeitskraft nämlich, gezielt und dauerhaft auf eine potentielle wirtschaftliche Nutzung hin entwickeln und vermarkten. Diese individuelle Ökonomisierung, die die ganze Person und das ganze Leben der Erwerbstätigen ergreift, ist eine doppelte. Zum einen besteht sie aus einer individuellen Produktionsökonomie. Diese entsteht durch die erweiterte Selbstorganisation von Arbeit und der selbstverantwortlichen Qualifizierung und (technischen) Befähigung zur Arbeit – zum anderen aus einer individuellen Marktökonomie. Da die Arbeitsverhältnisse verstärkt Marktmechanismen unterworfen sind und vermehrt flexibel organisiert werden, müssen die Arbeitenden ihre Arbeitskraft und -leistung aktiv einbringen, anbieten und vermarkten. Sie müssen sowohl innerhalb von betrieblichen Märkten sicherstellen, dass ihre Fähigkeiten benötigt und nachgefragt werden, als auch auf externen Arbeitsmärkten.

## 3. Selbst-Rationalisierung

Durch die Selbst-Kontrolle der Arbeitenden, die ihre eigene Arbeitskraft und -leistung zunehmend wie ein Produkt behandeln, welches sie effizienzorientiert herstellen und immer wieder neu vermarkten müssen, entsteht nach Voß/Pongratz auch die Notwendigkeit einer alltagspraktischen Grundlage der Entwicklung und Erhaltung des Arbeitsvermögens. Im Gegensatz zur

1 vgl. Holm Friebe/Sascha Lobo: „Wir nennen es Arbeit“, Berlin, 2006

2 siehe auch die Seiten 6/7



rekreationsorientierten Lebensweise im Fordismus wird der gesamte Lebenszusammenhang auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet. Alle individuellen Ressourcen, wie Geldvermögen, soziale Netze, Arbeitsleistung weiterer Personen usw. werden dazu zweckgerichtet organisiert. Somit weicht die Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Privatem – Reproduktionsarbeit auf, die so genannte Entgrenzung der Erwerbsarbeit tritt auf. Da dies eine gezielte Koordination der gesamten eigenen produktiven Aktivitäten darstellt, der Herstellung und Vermarktung eines Produkts, entspricht es einem Betrieb. Der Betrieb besteht in diesem Fall aus der „Herstellung und Vermarktung eines besonderen Produkts unter besonderen Bedingungen, nämlich von Arbeitskraft im Rahmen privater Lebensführung“ (Pongratz/Voß 2003: 25).

### Spektakel und Opposition

Es ist durchaus umstritten, inwiefern die AKU-Theorie wirklich als Prognose geeignet ist. Arbeitsverhältnisse jenseits klassischer betrieblicher Organisation und Hierarchien haben je nach Indikator zwischen 25 und 40 Prozent aller Beschäftigten. Ob die Menschen sich zu diesen Bedingungen als AKU verhalten, bleibt unklar. Es lassen sich ausgeprägte Formen des AKU in verschiedenen Bereichen wie etwa der Kunst, der Kommunikations- und Informationstechnologiebranche oder bei Medien- und Kulturberufen feststellen. AKUs finden sich also zum einen vor allem in hochqualifizierten, zukunftssträchtigen Erwerbsfeldern, zum anderen fallen die empirischen Ergebnisse bei Selbstständigen besonders eindeutig aus. Voß/Pongratz untersuchten in einer explorativen Studie (2000-2001) Formen der Industrie- und Dienstleistungsarbeit in verschiedenen Unternehmen und fragten, ob sich in diesen Bereichen schon heute Elemente des AKU finden lassen. Zusammengefasst kamen sie zu dem Ergebnis, dass sich unter moderat entgrenzten Arbeitsverhältnissen der idealtypische AKU nicht

finden lässt, aber bei vielen Befragten wurden einzelne Merkmale des neuen Typus erkennbar. Diese insgesamt mangelnde empirische Überprüfung wurde in der wissenschaftlichen Debatte von verschiedenen AutorInnen kritisiert. Von „Spektakel Soziologie“ und einem „ideologischen Konstrukt“ ist da die Rede. Nichtsdestotrotz wurde die Theorie des AKU breit in den Medien rezipiert und von verschiedenen Seiten aufgegriffen. Dies verwundert nicht, ist sie doch anschlussfähig für neoliberale Leitbilder. Im Rahmen des sogenannten aktivierenden Sozialstaats wird Eigenverantwortung und Eigeninitiative in allen Bereichen gefordert, die sächsisch-bayerische Zukunftscommission forderte gar, möglichst alle (Auszu)Bildenden durch „Persönlichkeitsformierung“ zu unternehmerischem Handeln zu bewegen.

Ob der AKU nun zum dominierenden ökonomisch-kulturellen Leitbild wird oder nicht, es gibt viele Gründe, die dies als nicht erstrebenswert erscheinen lassen, nur wenige davon seien zum Abschluß aufgezählt. So droht z.B. eine chronische Überforderung der Beschäftigten. Nur solche mit hohem ökonomischen und sozialen Kapital könnten dem standhalten, viele werden in eine sozial und wirtschaftlich prekäre Lage getrieben. Auch die Folgen für die Gesellschaft könnten verheerend sein, da die vollständige Indienstnahme der AKUs dazu führen würde, dass sich niemand mehr für nicht direkt verwertbare soziale, kulturelle und politische Inhalte einsetzen würde. In der Programmatik des AKU wird zudem das selber schon fragwürdige „Prinzip Leistung“ durch „Erfolg“ ersetzt. Wer keinen Erfolg hat, ist selber schuld. Damit einhergehend werden Ausgrenzungs- und Fragmentierungsprozesse verstärkt. Die Anforderungen an die ArbeitskraftunternehmerInnen führen zu einer Verstärkung bereits bestehender Ungleichheiten. Ob unter diesen Umständen eine Verbeamtung, inklusive langweiligem Büro, dafür aber mit festem Einkommen, nicht doch ganz erstrebenswert sein könnte, fragen sich wahrscheinlich nicht wenige potentielle AKUs.

### Literatur:

- Voß, Günter / Pongratz, Hans (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 131-158
- Deutschmann, Christoph (2001): Die Gesellschaftskritik der Industriesoziologie – ein Anachronismus? in: Leviathan Jg. 29, Nr. 1, S. 58-69
- Urban, Hans-Jürgen (2001): Der Arbeitskraftunternehmer – Ein neues Produkt der Spektakel Soziologie? In: Wagner, Hilde (Hrsg.): Interventionen wider den Zeitgeist. Hamburg, S. 99-119
- Pongratz, Hans / Voß, Günter (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin

# Prekäre Zeiten

Überall lesen und hören wir von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Prekarisierung und Prekariat. Welche Theorie und welche Realität stehen hinter diesen Begriffen? VON SIMON SCHMIEDERER

Spätestens mit der Entdeckung des „abgehängten Prekariats“ durch die Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Begriff, der vorher eher in der linken und sozialwissenschaftlichen Diskussion prominent war, einem breiteren Publikum bekannt geworden. Die Studie hat neun politische Typen beschrieben, von denen der letzte das „abgehängte Prekariat“ ist. Es ist geprägt von sozialem Ausschluss und Abstiegserfahrungen. Während die Studie „Prekariat“ synonym für Unterschicht verwendet, haben manche linke Gruppen im Prekariat eine gemeinsame Klammer für Menschen mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen gefunden oder sind zumindest der Meinung, die Gemeinsamkeiten der von Prekarisierung betroffenen nehme zu.

Dem Wortsinn nach heißt „prekär“ unsicher, heikel, widerrufbar. Wenn damit Beschäftigungsverhältnisse im Kapitalismus bezeichnet werden sollen, ist allerdings noch nicht viel gewonnen, denn diese sind immer, je nach sozialstaatlicher Regulierung, durch mehr oder weniger viel Unsicherheit geprägt. Der Begriff der Prekarität ist ein relationaler Begriff, der seine Schärfe erst in Abgrenzung zu etwas anderem gewinnt. Heute wird Erwerbsarbeit als prekär angesehen, wenn die Standards des Normalarbeitsverhältnisses unterschritten werden. Dieses hat keine ahistorische Gültigkeit, sondern ist verwoben mit der Phase des Fordismus, der in Deutschland auf die Zeit von 1950 bis Mitte der 1970er Jahre datiert wird. Unter dem Normalarbeitsverhältnis wird eine unbefristete Vollzeittätigkeit außerhalb des eigenen Haushaltes, für einen Arbeitgeber, mit einer gleichmäßigen zeitlichen Verteilung der Arbeit verstanden. Damit verknüpft sind sozial-, arbeits- und tarifrechtliche Absicherungen (Kündigungsschutz, Mitbestimmung etc.). Das ermöglicht berufliche und biografische Planungssicherheit.

## Das klassische Prekariat

Allerdings ist festzuhalten, dass dieses Normalarbeitsverhältnis zwar eine gesellschaftliche Relevanz hat, aber Frauen, MigrantInnen und Beschäftigte in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes noch nie in dem Maße an dessen Segnungen teilhaben konnten. Zu nennen sind die Hausfrauen, die sich in materieller Abhängigkeit von ihrem Mann mit Küche und Kindern zufrieden geben sollten, wenn sie nicht in sogenannten Leichtlohngruppen noch einen Zuverdienst erwirtschafteten, diejenigen, die als Flüchtlinge oder als legale oder illegalisierte ArbeitsmigrantInnen nach Deutschland kamen und kommen, die nicht „normal“ Arbeitenden und die NiedriglohnpfängerInnen (hier v.a. Frauen und MigrantInnen) leben und arbeiten nicht erst heute unter prekären Bedingungen. Gleichwohl waren die materielle Absicherung und das materielle Auskommen unter Bedingungen des Normalarbeitsverhältnisses auch für die meisten dieser Gruppen angenehmer, da das soziale Netz noch engmaschiger geknüpft war.

Der Begriff der Prekarität erlangt seine Prominenz nicht deshalb, weil es schon immer solche Arbeitsverhältnisse gab, sondern dadurch, dass es eine quantitative Ausweitung dieser Beschäftigungsverhältnisse gibt, bei gleichzeitigem Zurückfahren der sozialstaatlichen Leistungen. Prekäre Beschäftigung umfasst vielfältige flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, wie Zeit- und Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Vollzeitbeschäftigung im Niedriglohnssektor, abhängige Selbstständigkeit, Mini- und Gelegenheitsjobs, Ein-Euro-Jobs sowie informelle Arbeit.

## Ein wachsender „Markt“

Bezüglich der nicht einkommenssichernden Arbeit hat erst kürzlich das Institut für Arbeit und Qualifikation festgestellt, dass mehr als jede/r Fünfte gering bezahlt wird, d.h. bezogen auf Gesamtdeutschland unter einem Stundenlohn von 9,13 Euro liegt. In Deutschland ist der Niedriglohnanteil im Vergleich zu 1995 um 43% gestiegen. Das ist im internationalen Vergleich ein hoher Anteil an Niedriglöhnen. Selbst das oft bemühte Schreckensbild USA, welches gerne als Beweis für „unsere“ soziale Marktwirtschaft angeführt wird, hat einen nur unwesentlich höheren Niedriglohnanteil. Der am schnellsten wachsende Bereich der Beschäftigung ist derjenige, der in den Monatsberichten der Agentur für Arbeit so genannten Arbeitnehmerüberlassung, was nichts anderes als Leiharbeit meint. Aber nicht nur der Niedriglohn alleine macht eine prekäre Beschäftigung aus, sondern auch die mangelnde Einbindung am Arbeitsplatz und in soziale Netze außerhalb des Arbeitsplatzes sowie die Versagung von institutionalisierten Mitbestimmungsrechten im Betrieb. Auf der subjektiven Ebene können zudem noch die Verunmöglichung eines langfristigen Lebensentwurfes, Sinnverlust durch Erwerbsarbeit und das Vorenthalten von sozialer Anerkennung durch die prekäre Beschäftigung hinzukommen.

## Gesellschaftliche Spaltung

Bis hierher würde das nur bedeuten, dass es einen immer größer werdenden Anteil an prekärer Lohnarbeit gibt, die von den Bedingungen des Normalarbeitsverhältnisses abweicht. Dem hält der Industriesoziologe Klaus Dörre entgegen, dass es eine doppelte Spaltung der Erwerbsgesellschaft gibt, und zwar einerseits in die Zone der Integration, in der sich die Beschäftigten mit geschützten Normalarbeitsverhältnissen befinden. Diese ermöglichen eine stabile gesellschaftliche Existenz mit sozialer Sicherheit. Dem gegenüber stehen diejenigen, die dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen werden. Sie sind die Überflüssigen in der Zone der Entkopplung der Erwerbsgesellschaft, für die diese keine Verwendung mehr hat. Zwischen diesen beiden Extremen bildet sich eine Zone der Prekarität oder Zone der Verwundbarkeit heraus. In welchem Wechselverhältnis stehen nun die beschriebenen Zonen?

### Weiterlesen:

- Liste mit Publikationen u.a. zu Prekarisierung: [www.uni-jena.de/url.php/page/80769](http://www.uni-jena.de/url.php/page/80769)
- [www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf](http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf)
- [www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm)
- [www.ruhr-uni-bochum.de/fiab/pdf/sonstiges/prek\\_besch-zwischenbericht-pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/fiab/pdf/sonstiges/prek_besch-zwischenbericht-pdf)



Foto: Tobi

Die Zone der Prekarität wirkt disziplinierend auf die Zone der Integration, also auf die StamarbeiterInnen zurück, da ihnen durch den Einsatz von LeiharbeiterInnen ihre eigene Ersetzbarkeit vorgeführt wird, wie Dörre u.a. in einem Forschungsprojekt herausgefunden haben. Es zeigte sich, dass 500 LeiharbeiterInnen 30000 fest angestellte und gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen disziplinieren können. Ein anderes Beispiel ist der IT-Bereich einer Großbank. Dort überschreiten die Beschäftigungsverhältnisse den Normalitätsstandard geschützter Arbeitsverhältnisse bezüglich Einkommen, Arbeitsbedingungen und Karrierechancen sowie Arbeitszeit und Arbeitsstress. Dieses aufgewertete Normalarbeitsverhältnis ist inzwischen aber ebenfalls unter Druck geraten, da die Konzernstrategie sich an wertbasierten Steuerungsformen ausrichtet. Im Zuge dessen kommt es zu betrieblichen Reorganisationsmaßnahmen, Outsourcing von IT-Abteilungen, die nicht zum Kerngeschäft gehören, die Beschäftigung von Free-Lancern und Steuerung durch Zielvorgaben. Dies führt bei den Beschäftigten zu Beschäftigungsunsicherheit, zunehmender Arbeitsbelastung und –intensivierung, zu Arbeitsunzufriedenheit und Partizipationsdefiziten.

### Dagegen! - Der studentische Faktor

Auch Studierende sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dies oft zu schlechten Konditionen. Das reicht vom Call-Center-Job, der einen Zuverdienst zur elterlichen Unterstützung oder zum Bafög darstellt, bis zur Beschäftigung an der Uni in einem Forschungsprojekt mit Profilierungschance und entsprechender Mehrarbeit. Das Problem daran ist, dass Studierende ihre Beschäftigung berechtigterweise als vorübergehend ansehen und die Hoffnung hegen, nach ihrem Abschluss eine reguläre Beschäftigung zu finden. Wenn sie ihre Arbeitskraft nicht erfolgreich verkaufen

können, hangeln sie sich dann evtl. von einem Praktikum oder Projekt zum nächsten oder versuchen sich in Selbständigkeit. Aber selbst wenn sie einen Arbeitsplatz finden, sind sie vor der Prekarisierung nicht gefeit.

Was aber kann gegen Prekarisierung getan werden? Befragt man die eingangs erwähnte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, so ist von ihr keine Antwort zu erwarten, da sie nur zum Zweck der Erforschung der WählerInnenbindung an die SPD durchgeführt wurde. Bei der gemeinsamen Klammer des Prekariats zur Formierung des Widerstands scheint es, dass dieser Begriff zu allgemein und zu breit gefasst ist und so die illegalisierte Migrantin mit dem Wischmopp und der Akademiker mit Laptop in *ein* Prekariat gezwängt werden, ohne deren jeweilige Privilegien und Unterschiede zu berücksichtigen. Was können nun Studierende tun? Nicht sinnvoll ist es, wenn Studierende StellvertreterInnenpolitik für andere machen. Sie können zum einen gegen ihre eigenen prekären Beschäftigungsverhältnisse vorgehen. Zum anderen sollten sie sich um die Belange der Hochschule kümmern und sollten dort eine emanzipatorische Hochschulpolitik betreiben. Dazu gehört, für den ungehinderten Zugang zur Hochschule einzutreten, wobei die Verhinderung oder Abschaffung von Studiengebühren hier gerade besondere Relevanz hat, auch wenn es sich an diesem Punkt nicht erschöpfen sollte. Ebenso notwendig sind die Demokratisierung der Hochschule und der Kampf gegen die Verschulung der Lehre und deren zunehmende Reglementierung (Anwesenheitslisten, begrenzte Teilnehmendenzahl etc.). Von ihrem eigenen Engagement ausgehend, sollten sie dann politische Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen schließen, um mit diesen gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzugehen. Die gemeinsame und dennoch unterschiedliche Erfahrung der Prekarisierung kann hierfür, ohne falsche Homogenisierung, einen gemeinsamen Bezugspunkt liefern.

# Nebenher arbeiten

An der Hochschule zu arbeiten, kann eine Bereicherung des Studiums sein oder einfach nur ein Mittel, die Miete zu verdienen. Welche Umstände unterscheiden den stumpfsinnigen Job von der intellektuellen Herausforderung? VON KARSTEN SCHULD T

Im gesamten Bundesgebiet, außer in Berlin, gilt, dass Menschen, die als studentische Beschäftigte arbeiten, sich das leisten können müssen. Die Bezahlung dieser Stellen ist durchgängig niedrig, kolportiert wird ein Stundenlohn von 3,40 Euro als unterer Grenze. Die zugestandene Arbeitszeit reicht zumeist nicht, mit dieser Arbeit einen signifikanten Beitrag zum eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Dennoch wird eine universitäre Anstellung während der Studienzeit oft als Voraussetzung für eine wissenschaftliche Karriere angesehen. Dabei werden studentische Beschäftigte in den verschiedensten Bereichen der Hochschulen eingesetzt: in der Lehre, der Forschung und der Infrastruktur. Oft werden sie zur Aufrechterhaltung grundlegender universitärer Angebote dringend benötigt.

In Berlin existiert seit 1979 ein beständig umkämpfter Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. In der aktuellen Fassung ist ein Stundenlohn von 10,98 Euro und eine monatliche Arbeitszeit von mindestens 40 und höchstens 80 Stunden vorgesehen. Eine Annahme ist, dass diese Bezahlung dazu beitragen würde, dass Studierende sich über ihre Arbeit an der Universität finanzieren können. Dies gelingt, wie eine Studie der GEW und ver.di von 2007 deutlich machte, leidlich. Die sozialen Strukturen, welche die Berliner Studierendenschaft auszeichnen, finden sich auch bei den studentischen Beschäftigten wieder. Das heißt, es überwiegen immer noch die Studierenden mit größeren ökonomischen Mitteln und aus Elternhäusern mit großem Bildungskapital, dies aber in geringerem Ausmaß als im restlichen Bundesgebiet. Interessanter ist die individuelle Ebene. Wie verstehen studentische Beschäftigte ihre Arbeit? Sind sie mit ihr zufrieden oder fühlen sie sich ausgebeutet? Die Geschichten, die man hören kann, sind widersprüchlich. Für diesen Artikel habe ich mit Beschäftigten aus den Geistes- und Naturwissenschaften geredet sowie mit solchen, die in Bibliotheken und als Systemadmins die Infrastruktur an verschiedenen Berliner Universitäten aufrecht erhalten.

## Schlechte und gute Stellen

Grundsätzlich scheint es wenige wirklich gute und interessante studentische Beschäftigungen zu geben, denen zahlreiche schlechte oder auch einfach recht sinnlose Jobs gegenüberstehen. Die absurdesten Jobs scheint es dabei gerade bei den Exzellenzclustern zu geben. Dort wurde Geld für studentische Angestellte bewilligt, das jetzt ausgegeben werden muss, auch wenn es nicht wirklich etwas zu tun gibt. Zu viele Angestellte, die wegen zu wenig Arbeit mit Nebenaufgaben beschäftigt werden müssen, scheinen dort die Norm zu sein.

Generell aber sind das Ausnahmen. Zumeist fühlen sich studentische Beschäftigte überlastet und ohne größere Einführung an Stellen gesetzt, die eine Ausbildung verlangen würden. Vielfach werden Studierenden Aufga-

ben zugewiesen und sie mit diesen dann allein gelassen. Ihre einzige Möglichkeit scheint ein learning-by-doing zu sein. In größeren Einrichtungen helfen dabei unter Umständen andere Studierende, die den Job schon länger machen. Oft gibt es diese anderen Studierenden allerdings nicht und die neu Angestellten sind auf sich selbst angewiesen. Gerade im Bereich der Infrastruktur scheint dies – auch wenn es hierbei immer wieder Ausnahmen gibt – üblich zu sein. Zumal Weiterbildungen für studentische Beschäftigte nicht stattfinden, es sei denn, sie setzen sich selber massiv dafür ein.

Es scheint nach meinen Gesprächen, als würden Studierende hauptsächlich dann als Arbeitende ernstgenommen, wenn sie Teil eines kleineren Teams sind. Dies ist gerade dort der Fall, wo sie forschungsnah angestellt sind und an wissenschaftlichen Projekten arbeiten. Dann werden sie oft dazu eingesetzt, die Forschung zu machen, zu denen die Professorinnen und Professoren selber zeitlich nicht kommen. Solche Jobs werden oft von den Studierenden als Einstieg in eine wissenschaftliche Praxis verstanden und als gut bewertet. Während sich Studierende gerade in Bibliotheken oder Rechenzentren häufig als Personal sehen, das relativ austauschbar den Betrieb der jeweiligen Einrichtung aufrecht erhält, aber ansonsten lieber keine eigene Initiative zeigen sollte, bezeichnen sich forschungsnah angestellte Studierende oft als Expertinnen und Experten auf ihrem jeweiligen Gebiet, fühlen sich positiv gefordert und in eine Forschungsgemeinschaft eingebunden.

Die Grenze scheint also zwischen wissenschaftlichen Aufgaben und eher infrastrukturellen Jobs zu verlaufen. Die eine Gruppe, die wissenschaftliche, hat wenig Kontakt zum studentischen Personalrat, oft weil sie wegen guter Arbeitsbedingungen keinen Grund dafür sieht. Zumeist haben sie ihre Anstellung aufgrund von Kontakten gefunden. Auch wenn dies nicht vorkommen sollte und es wohl niemand so offen sagen würde, waren die meisten Ausschreibungen für diese Jobs nur formal. Sie wurden so formuliert, dass sich sinnvoll nur eine bestimmte Person bewerben konnte. Dafür sehen diese Angestellten ihre Arbeit als Bereicherung an.

Die andere Gruppe, die infrastrukturelle Aufgaben übernimmt, klagt hingegen zumeist über ihre Arbeit und sucht deshalb auch öfter den Kontakt zum studentischen Personalrat. Dass diese Studierenden gegen die jeweiligen Arbeitsbedingungen dennoch relativ wenig unternehmen, scheint auch daran zu liegen, dass sie ihre Anstellung oft als Übergangsphase begreifen, die nach zwei oder höchstens vier Jahren vorüber ist und gleichzeitig die jeweilige Arbeit hauptsächlich als Möglichkeit begreifen, Geld zu verdienen. Der Anspruch, eine sinnvolle Arbeit zu machen, scheint nicht so groß zu sein wie bei Festangestellten.

Gerade in dieser Gruppe wird regelmäßig von negativem Stress berichtet, bedingt durch zeitlich Überforderung, permanent wiederkehrende, als sinnlos begriffene

## Personalratswahlen

Vom 24. bis 26. Juni 2006 finden die Wahlen zum Personalrat der Studentischen Beschäftigten statt. Wahlorte: Foyer Hauptgebäude, Mitte und Erwin-Schrödinger-Zentrum, Adlershof



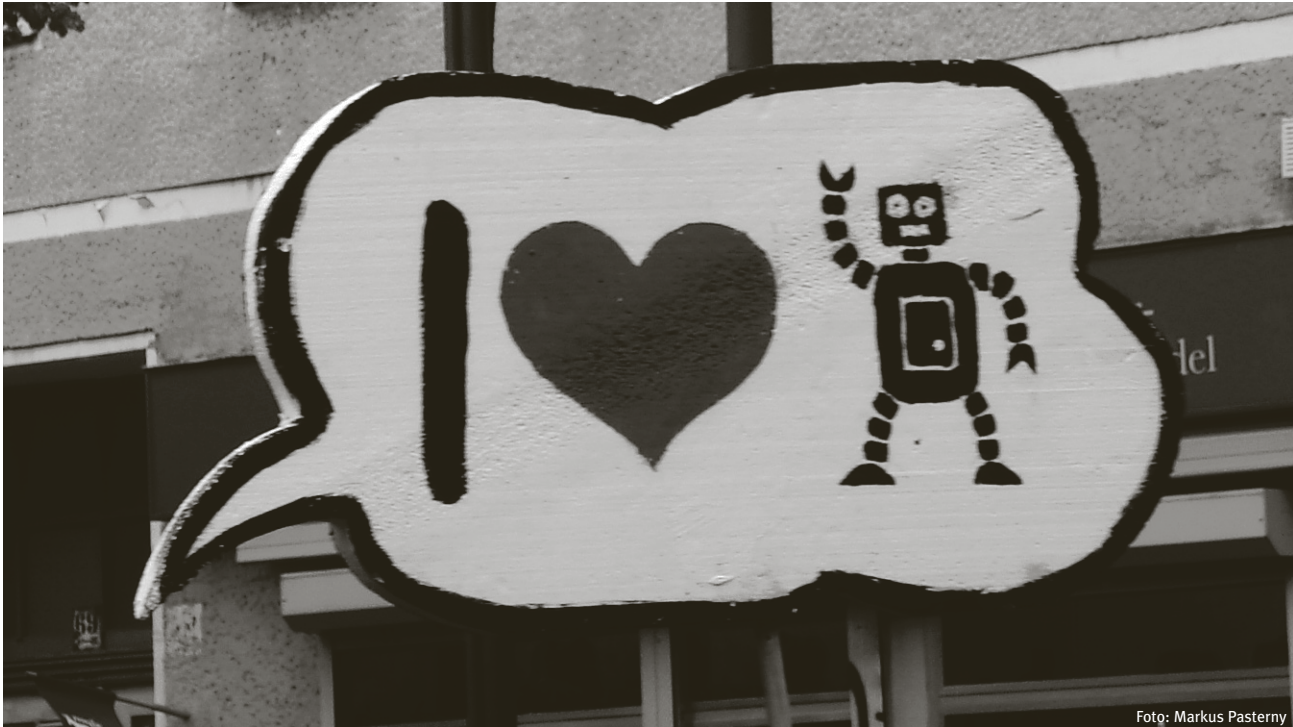


Foto: Markus Pasterny

Arbeit und den Eindruck, beständig unterqualifiziert eingesetzt zu werden. Hinzu kommt in einigen Fällen, beispielsweise bei Systemadministratoren oder bei Studierenden der Bibliothekswissenschaft in einigen Bibliotheken, ein gefühltes Qualitätsgefälle; also der Eindruck, selber mehr Ahnung von den Aufgaben zu haben, die man erfüllt, als die Menschen, die einen bei diesen Aufgaben anleiten sollen, ohne dass diese zusätzlichen Kompetenzen anerkannt würden. Der Expertinnen- und Expertenstatus, welcher von den Studierenden im Forschungsbereich als bereichernd angesehen wird, wird bei infrastrukturellen Aufgaben oft als Belastung erfahren.

### Durchstudieren und arbeiten?

Eine Frage, die sich aktuell beständig im Bezug auf studentische Beschäftigte gestellt wird, ist die nach den Auswirkungen der Hochschulreform. In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach studentischen Beschäftigungen enorm gewachsen. Auf Posten, die früher lange unbesetzt waren, weil sich niemand für diese interessierte, bewarben sich nun regelmäßig mehrere Dutzend Studierende. Zum Teil wird dies darauf zurückgeführt, dass diese Stellen nun im Internet ausgeschrieben und damit sichtbarer gemacht werden. Es wird aber auch auf die für Studierende schlechter werdende Arbeitsmarktsituation verwiesen. Doch wird dieser Ansturm anhalten? Schon jetzt zeichnen sich gegenläufige Tendenzen ab. Es ist noch nicht ausgemacht, ob Studierende im sogenannten Vollzeit-Studium die Zeit aufbringen können, welche bislang von Studierenden für das Arbeiten an ihren Hochschulen erwartet wurde. Außerdem müssen offenbar die Zugangsgrenzen für viele forschungsrelevante Jobs neu gefasst werden. Oftmals galt hier, dass Studierende erst nach dem Grundstudium in Labors oder bei größeren Forschungsprojekten angestellt werden können, einfach, weil diese Arbeiten eine gewisse Ausbildung voraussetzen. Angesichts dessen, dass der Bachelor als

eigenständiges Studium konzipiert und der Master als Studium einer kleineren Auswahl von Studierenden verstanden wird, denen möglichst gute Studienbedingungen geboten werden sollen, stellt sich die Frage, wer die Aufgaben der studentischen Beschäftigten übernehmen soll. Die nicht fertig ausgebildeten Bachelor-Studierenden oder die Master-Studierenden, welche möglichst schnell studieren sollen? Bisher ist die Erfahrung eher, dass eine Anstellung von Studierenden deren Studiendauer verlängert, wenn sie nicht gerade ihre Abschlussarbeiten mit ihrer Arbeit verbinden können.

Diese Frage ist tatsächlich für die Qualität der universitären Dienstleistungen relevant. So sind längere Öffnungszeiten von Bibliotheken und Rechenzentren, Tutorien, die Vorbereitung von Lehrveranstaltungen und die Durchführung von zahlreichen Forschungsprojekten nur durch die Arbeit studentischer Beschäftigter möglich, die für diese Aufgaben auch eingeplant sind. Spätestens, wenn sich für diese Stellen irgendwann keine Studierenden mehr finden, werden die Hochschulen vor dem Problem stehen, diese Angebote anders aufrecht erhalten zu müssen.

### Finanzierungslücke

Leben kann übrigens kaum jemand von den studentischen Jobs. In vielen Bereichen ist es nicht möglich, mehr als 40 Stunden zu arbeiten, was einen Lohn von 439,20 Euro bedeutet. Durchschnittlich haben deutsche Studierende allerdings laut Studentenwerk 770 Euro zur Verfügung und diesen Betrag auch bitter nötig. Insoweit haben fast alle Beschäftigten andere Einkommensquellen, sei es das Bafög, weitere Jobs, die Eltern oder das Kindergeld. Der Zwang, weitere Geldquellen aufzutun zu müssen, um das Studium materiell durchzustehen, wird durch eine Anstellung an der Hochschule natürlich verringert. Und unter bestimmten Umständen machen Studierende diese Arbeit sogar gern.

### Weiterführendes:

Die meisten Stellenausschreibungen für studentische Beschäftigte finden sich auf Aushängen in den einzelnen Instituten und Einrichtungen.

- Personalrat der studentischen Beschäftigten HU:  
[www2.hu-berlin.de/studpr](http://www2.hu-berlin.de/studpr)

- Bundesweite Tarifinitiative:  
[www.tarifini.de/](http://www.tarifini.de/)

- GEW / Ada-Charlotte Regelmann (2005) „Man muss es sich leisten können...“. Eine empirische Studie zu studentischen Hilfskräften an der Philipps-Universität Marburg im Dezember 2004, Frankfurt a.M.

- GEW-Berlin / ver.di-Berlin Brandenburg (2007) Die Situation studentischer Beschäftigter an Berliner Hochschulen. Ergebnisse einer Umfrage im Jahr 2006, Berlin

# Studierende und Gute Arbeit?

Der DGB hat Beschäftigte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt. Das Ergebnis der Studie zeichnet kein ideales Bild. VON BERTRAM BIRKHOLOZ UND DAMIAN CVETKOVIĆ

**W**as ist eigentlich gute Arbeit? Welche Faktoren lassen sich als Maßstab für gute Arbeit bestimmen? Wie bewerten ArbeitnehmerInnen ihre aktuelle Arbeitsplatzsituation?

Ein Index des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit dem Titel „Gute Arbeit“ versucht seit 2007, diese Fragen in Bezug auf die Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen mithilfe einer regelmäßigen Berichterstattung zu beantworten.

Der Index macht sich zum Ziel, die Qualität der Arbeit durch die Erfassung von Bewertungskriterien der Beschäftigten darzustellen. Eine hinreichende Beurteilung der Qualität der Beschäftigungsverhältnisse kann nicht ohne vorherigen Blick auf die eigentlichen Ansprüche an gute Arbeit abgegeben werden.

So sind den Befragten beispielsweise Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten auf der einen Seite sehr wichtig, doch weist der Index darauf hin, dass diese Ansprüche nur mittelmäßig erfüllt werden. Extreme Unterschiede gibt es auch in den Bereichen Berufliche Zukunftsaussichten, Arbeitsplatzsicherheit und Einkommen. Während diese Aspekte den Befragten sehr wichtig sind, so charakterisieren dieselbigen im Ergebnis real „schlechte“ Arbeit. Bei vielen Kriterien lassen sich ähnliche Anspruchslücken aufdecken.

Von den rund 6000 Befragten redet gerade etwas mehr als ein Zehntel von „guter“ Arbeit. Fast dreimal mehr gehen jeden Morgen zu einer Arbeit, bei der sie sich einfach nicht wohlfühlen, da diese schlecht ist. Etwas mehr als die Hälfte beurteilt ihre Arbeit als mittelmäßig.

## Sonderauswertung junge Beschäftigte

ArbeitnehmerInnen unter 30 Jahren haben dem Index nach auf dem Arbeitsmarkt einen besonders schweren Stand. Im Gegensatz zu älteren Beschäftigten müssen sie sich mit deutlich schlechter bezahlten Jobs abfinden und haben dabei nicht einmal die Sicherheit eines dauerhaften Arbeitsverhältnisses. Mehr als die Hälfte der jungen Beschäftigten ist gezwungen, sich in den ersten Jahren ihrer relativ kurzen Erwerbsbiografie mit einem befristeten Arbeitsvertrag zufrieden zu geben.

Rund ein Zehntel beschreibt seinen Arbeitsplatz als umfassend positiv, 60% als mittelmäßig. Immerhin gut ein Drittel gibt an, unter schlechten Arbeitsbedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen. Es gibt also ein eklatantes Defizit zwischen dem Wunsch nach einem qualitativ guten Arbeitsplatz und der Realität auf dem Arbeitsmarkt. Hervorgehoben wird, dass die Arbeitsbedingungen überwiegend dort positiv bewertet wurden,

wo ein Betriebs- oder Personalrat die Interessen der Belegschaft vertritt. Zusätzlich ist der Arbeitsalltag durch hohe Belastungen geprägt: Rund die Hälfte der Befragten fühlt sich nach der Arbeit leer und ausgebrannt. Und vier von zehn jungen Beschäftigten haben sogar in der Freizeit Probleme sich zu erholen. Die hohen Belastungen bei der Arbeit, die niedrige – aber als besonders wichtig eingeschätzte – Einkommenshöhe und Arbeitsplatzsicherheit führten bei fast der Hälfte der Befragten dazu, dass das Verhältnis zwischen ihrem beruflichen und privaten Leben nicht mehr als ausgewogen bezeichnet werden könne. Stress und Erholungsprobleme beeinflussen auch die persönliche Einschätzung der subjektiven Arbeitsfähigkeit. Kaum die Hälfte der jungen Beschäftigten würde sich vorstellen können, dass er oder sie bei den derzeitigen Arbeitsanforderungen bis zum Rentenalter durchhalten wird.

Der aktuelle Index kommt zu dem Schluss, dass die jetzige Generation junger Erwerbstätiger hoch motiviert und engagiert, aber auch stark verunsichert ist.

## Studierende

Die DGB-Studie erfasst Studierende nicht als eigene Gruppe. Für sie gelten jedoch als ArbeitnehmerInnen einige andere Kriterien zur Bewertung der Arbeitsplatzqualität. Ein dauerhaft sicherer Arbeitsplatz hat für Studierende beispielsweise einen anderen Stellenwert, als die praktischen Erfahrungen oder die solide Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag. (vgl. auch Seite 8/9)

Fast zwei Drittel aller Studierenden jobben. Dies bedeutet aber offenbar nicht, dass die Mehrheit von ihnen einer kreativen, gut bezahlten Tätigkeit nachgeht, welche thematisch mit ihrem Studium verknüpft ist und ihnen darüber hinaus noch als Karriereprungbrett dient.

Vielmehr sieht, so die Annahme in Kreisen der Gewerkschaft ver.di, die Realität der meisten so aus, dass sich Studierende mit prekären Jobs, die mit ihrem Studium wenig bis gar nichts zu tun haben, mühsam nebenher ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Unter welchen Bedingungen Studierende arbeiten, sei zudem entscheidend für den Erfolg und die Dauer ihres Studiums. Die ver.di-Gruppe AG Studierende betont in einem aktuellen Projekt die Notwendigkeit, dieses Thema im studentischen und politischen Diskurs zu etablieren. Es sei unumgänglich, Studierende mit den Inhalten prekärer Beschäftigung zu konfrontieren und unter ihnen ein Bewusstsein zu schaffen, dass die – wenn auch nur temporäre – strukturelle Hinnahme prekärer Beschäftigungsformen weitreichende Folgen haben könne.

## Weitere Informationen:

- Veranstaltung zum Projekt der AG Studierende „Wie arbeitest du eigentlich?“ am 28. Mai 2008, 18.00 Uhr, in Thielallee 45, JK 33/111, Eingang J
- DGB-Index Gute Arbeit: <http://dgb-index-gute-arbeit.de>

## Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin; [huch@refrat.hu-berlin.de](mailto:huch@refrat.hu-berlin.de); [www.refrat.de/huch](http://www.refrat.de/huch)
  - **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA) **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000
  - **Redaktion** Nelo Locke, Daniél Kretschmar (V.i.S.d.P), Tobias Becker, Katharina Paar, Karsten Schuldt **Layout** Tobi
- Alle Beiträge stehen – wenn nicht anders gekennzeichnet – unter Creative Commons License.** Verwendung und Bearbeitung bei:
- Angabe der Autorin oder des Autors
  - Nichtkommerzieller Verwendung
  - Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen
- Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich. **Redaktionsschluss für die Nr. 55** 12.06.08

# „Kein Schweiß für Geld“

Seit mehreren Jahren schon propagiert die „Liga für Kampf und Freizeit“, eine Vereinigung aus dem Surfpoetenumfeld, Müßiggang als politisches Programm. Die Huch! hat ihre machtvolle Demonstration zum 2. Mai besucht.

VON TOBIAS BECKER

Die revolutionäre Arbeiter\_innenschar befand sich wieder ordnungsgemäß am Arbeitsplatz und leckte dort ihre Wunden. Am Vortag war sie wie üblich damit gescheitert, sich ihre Diktatur zu erkämpfen. Heute aber sollten die Straßen des Prenzlauer Bergs dem Lumpenproletariat samt Sympathisant\_innensumpf gehören. Am „4. Internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen“ forderte die beinahe schon traditionelle revolutionäre 2. Mai-Demo die Abschaffung der Lohnarbeit und die Anerkennung von Erwerbslosen als einer wachsenden, daseinsberechtigten und im Grunde beneidenswerten Bevölkerungsgruppe. Glaubt mensch den Veranstalter\_innen, wird dieser Kampf in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen und revolutionäres Potential erreichen. Zumindest die zu Grunde liegende Argumentation überzeugt: Schon heute ist die Automatisierung und Produktivkraftsteigerung so weit fortgeschritten, dass eine Kopplung von Lebensunterhalt und Lohnarbeit nicht zu vertreten ist. Es gibt immer weniger Lohnarbeit und immer mehr Arbeitslose. Dieser Entwicklung wird langfristig weder mit Ausgrenzung, noch mit dem Zwang zu sinnlosen Tätigkeiten beizukommen sein. Bloß wo liegt das Problem? Alles könnte prima sein, würde nicht protestantische Ethik Leben mit Arbeit gleichsetzen. Weite Teile der Gesellschaft haben das internalisiert, auch oder vor allem die selbstausbeuterische Linke. Dagegen wollen die rebellierenden Arbeitslosen aufzeigen, dass eine automatisierte Produktion (ob wir das wollen oder nicht) Segen mit sich bringt. Das wäre in erster Linie: Zeit.

Zeit lässt sich unter anderem auch zum Nachdenken benutzen und so zeigte sich über die letzten vier Jahre ein wachsendes Klassenbewusstsein der Arbeitslosen in Form steigender Beteiligung an der revolutionären Demonstration, die 2005 von einem kleinen Kreis visionärer Poeten erdacht wurde. Der leichte Rückgang der Beteiligung in diesem Jahr ist wohl der Tatsache geschuldet, dass die Massen an einem Freitag zwischen Feiertag und Wochenende anderes zu tun hatten. Dennoch versammelten sich zwischen 50 (Polizeiangabe) und 50.000 (Veranstalter\_innenschätzung) Entschlossene gegen 13 Uhr am Senefelder Platz und machten ihrem Unmut über die herrschende Diskriminierung der Arbeitslosenklasse lautstark Luft. Allerdings musste hierbei auf musikalische Untermauerung verzichtet werden. Der Einsatz des Diskorollstuhls scheiterte am Kapitalismus und dessen inhärenten Mangel an spontan und kostenlos zur Verfügung gestellten, vor allem aber aufgeladenen Autobatterien. Die fünf Beamten der Berliner Polizei, die eigentlich für die Aufrechterhaltung der herrschenden

Ordnung sorgen sollten, solidarisierten sich angesichts der kämpferischen Masse umgehend mit der Forderung nach weniger Arbeit. Dafür wurde auf den Rückweg der Demo verzichtet, die über die Kastanienallee auf die Schönhauser Allee führte und dort vor den Arkaden endete.

„Wir haben Zeit!“ skandierte die Meute, beeindruckte den Großteil der Cafe Latte trinkenden Anwohner\_innen und Tourist\_innen aber nur geringfügig. Bis zur Schönhauser Allee wuchs der Demozug weiter an. Strassenclowns unterbrachen ihre Arbeit, Schüler\_innen und Kinder reihten sich ein, solidarische Redebeiträge wurden gehalten. Im Gegenzug übernahm die Masse bereitwillig deren Forderungen. Insbesondere das Verlangen nach einer Lego-Tauchstation des jüngsten anwesenden Demonstranten erwies sich als konsensfähig.

Vor den Arkaden wurden Beteiligte und Herumstehende nochmals ausführlich mit der Armseligkeit ihres sinnlos lohnarbeitszentrierten Lebens konfrontiert. Für die kommenden Jahre wurde das unausweichliche Anwachsen der Bewegung prognostiziert.

Das völlige Ausbleiben medialer Berichterstattung lässt sich leicht damit erklären, dass die medienkontrollierende Oligarchie Angst hat – Angst vor der Massenbewegung. Schließlich sind 5 Millionen Menschen heute bereits arbeitslos und potentiell mobilisierbar, unzählige andere wären es gerne. Allein in Berlin könnten sich Zehntausende zukünftig arbeitslose Studierende den Forderungen anschließen. Ja vielleicht blieben sie dieses Jahr allein aus Unwissenheit, in dem Glauben, mit ihren revolutionären Gedanken alleine zu sein, zu Hause. Die Hoffnungen sind also groß: In diesem Jahr hieß es noch „Wir sind nicht alle, es fehlen die, die arbeiten!“, im nächsten werden sie kommen. Der 2. Mai 2009 fällt auf einen Samstag.



Foto: www.verbalart.de ©

# Kopf aus dem Sand!

Ist Sexismus ein alter Hut und Feminismus dementsprechend ein verstaubtes Relikt aus längst vergangener Zeit? Der „freie Zusammenschluß von studentInnenschaften“ (fzs) hat eine Kampagne gestartet, die aber am Kern des Problems vorbeigeht. VON NELO LOCKE UND KATHARINA PAAR

Immer wieder gibt es Kampagnen, die versuchen, die Strukturen von Sexismus aufzuzeigen und die erklären wollen, wie seine Mechanismen funktionieren. Daraus lässt sich ablesen, dass es einerseits eine Entwicklung gibt, dieses Thema immer weiter ernst zu nehmen und es andererseits selten über die Thematisierung an sich hinausgeht. Eine kontinuierliche Auseinandersetzung ist aber notwendig, da „nur mal drüber reden“ nicht ausreicht.

Es geht in diesem Artikel nicht darum, Sexismus ein weiteres Mal zu erklären. Vielmehr soll kritisch reflektiert werden, ob über Sexismus geredet wird und wo im universitären Spektrum Strukturen verankert sind, die sich bereits mit diesem Thema beschäftigen.

Die Bandbreite dessen, was unter Sexismus gefasst werden muss, reicht von subtilen Anspielungen in Gesprächen bis hin zum direkten sexuellen Übergriff und die Betroffenen sind von der Studentin bis hin zur Angestellten überall in der Universität zu finden. Was als sexistische Grenzüberschreitung gewertet wird, liegt dabei im Ermessen der jeweiligen Person. Wenn also davon auszugehen ist, dass Sexismus überall stattfinden kann und stattfindet und dementsprechend fester Bestandteil universitärer Strukturen ist, stellt sich die Frage, wie die Hochschule darauf eingeht.

## Die Frauenbeauftragte als Institution

Als einzige Reaktion auf diese Problematik hat sich die Institution Frauenbeauftragte etabliert. Bereits in den 1980ern entstanden, ist sie heute in den Strukturen der Universität verankert und ein formaler Bestandteil der akademischen Selbstverwaltung. Ihr wird zugeschrieben, auf die Einhaltung von Gleichstellungsgrundsätzen zu achten und darauf hinzuwirken, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts keinen Benachteiligungen und Diskriminierungen ausgesetzt werden. Zwar ist sie als Institution strukturell akzeptiert, es ist jedoch unklar, inwieweit ihr Wirken über eine Formalie hinausreicht.

Zu ihrer Arbeit gehört unter anderem der Einsatz für eine familiengerechte Hochschule, wo es darum geht, studierende Eltern zu unterstützen. In Personalfragen ist sie an den Einstellungskommissionen beteiligt. Dabei geht es darum, der männerbevorzugenden Einstellungspolitik entgegen zu wirken. In konkreten Fällen sexueller Belästigung ist die Frauenbeauftragte sowohl Ansprechpartnerin für eine erste Thematisierung, als auch für die Einleitung weiterer Konsequenzen. Wenn es darum geht gegen solcherlei Belästigung vorzugehen, arbeitet die Personalabteilung der HU mit ihr zusammen. Über den Weg des Instituts und den/die DekanIn ist es möglich, Gespräche zu führen und unter bestimmten Umständen eine Abmahnung zu erwirken. Eine weitere Handlungsoption kann auch ein Disziplinarverfahren sein. Dabei unterstützt und begleitet die Frauenbeauftragte das Verfahren.

Die Arbeit von Frauenbeauftragten für ‚klassische‘ Frauenthemen wird also als wichtig erachtet. Eine thematische Weiterentwicklung scheint dabei weder möglich, noch erwünscht zu sein. In den, für die Gestaltung der Universität entscheidenden Gremien ist sie nicht ausreichend integriert. Hier wäre es nötig, sich mit den Sexismen innerhalb der eigenen Struktur und den verschiedenen Positionen darin, auseinanderzusetzen. So wäre es eher möglich, umfassend präventiv zu agieren, anstatt nur Andere die Symptome bekämpfen zu lassen.

## Gleichberechtigung als Nebensache

Die Reaktion der Uni auf diesen Themenkomplex beschränkt sich aber auf einen formalisierten Umgang, der durch die Frauenbeauftragte abgedeckt, um nicht zu sagen, auf diese abgeschoben ist. Auch beim letzten Findungsverfahren für zwei neue Vizepräsidenten war es keine Selbstverständlichkeit, dass auch eine Kandidatin mit auf die Liste hätte kommen müssen. Ist Gleichberechtigung in der Führungsetage der Uni keine Priorität? Eine Haltung, die mit jener der meisten StudentInnen korrespondiert. Die nämlich finden zumeist, dass Gleichberechtigung und Sexismus für sie keine relevanten Themen mehr sind, da sie ja alle schon zur Genüge gleichberechtigt seien.

Tja.

Das zeigt sich auch an der Präsenz, die eine Frauenbeauftragte in der Studierendenschaft hat. Kaum einR weiß, dass es sie gibt und wofür sie da ist. Wenn sie wiederum bekannt ist, wird sie mitunter als verstaubtes Überbleibsel der feministischen Bewegung betrachtet. Hierbei wird außer Acht gelassen, dass Sexismus sehr wohl ein immer noch aktuelles Thema ist, wie Betroffene leicht bestätigen können. Um über Sexismus nachdenken und positive Perspektiven entwickeln zu können, ist die persönliche Betroffenheit jedoch nicht notwendig.

## Formalia als Streitpunkt

In der Studentischen Selbstverwaltung wird zum Beispiel auf geschlechtsspezifische Sprache und dominantes Redeverhalten in einer formalisierten Weise eingegangen. So werden grundsätzlich quotierte Redelisten und eine geschlechtsneutrale Schreibweise verwendet.

Die Notwendigkeit dieser Formalien wird immer wieder in Frage gestellt, argumentiert wird dann ebenfalls mit der Verstaubtheit eines solchen Verfahrens. Mit einem kritischen Blick auf diese Strukturen wird aber sehr schnell deutlich, dass allein bei der quantitativen Verteilung noch immer ein Ungleichgewicht besteht. Auch in der stetigen Anwendung der quotierten Redeliste im Studierendenparlament zeigt sich beispielsweise, dass sich auf fünf Männer oft nur eine Frau meldet.

Anstatt gegen die Formalien zu pöbeln, sollten wir uns eher die Gründe für ihre Entstehung vor Augen führen.

## Links und Literatur:

- fzs-Kampagne: [www.kein-sexismus.de](http://www.kein-sexismus.de)
- „Antisexismus\_reloaded: Zum Umgang mit sexualisierter Gewalt - ein Handbuch für die antisexistische Praxis“ von re.ACTion, Unrast Verlag. 2007
- „Sine Laude! Sexismus an der Hochschule“ von Monika Gerstendörfer, Glühwurm-Team. 1994
- „Peinlich berührt. Sexuelle Belästigung von Frauen an Hochschulen“ von Hadumod Bußmann und Katrin Lange, Frauenoffensive. 1996
- „Sag mir, wo die Männer sind... (Dokumentation der Berliner Präventionsdebatte zur Gewalt gegen Frauen)“ von der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin. 1994
- „Dokumentation. Sexuelle Diskriminierung von Frauen an der Hochschule“, Senatsausschuß für Frauenangelegenheiten, Mainz. 1994

Dann wird nämlich sichtbar, dass sie auch heute noch wichtig sind und vor allem, wo sie Verbesserungen oder Weiterentwicklungen benötigen und wo diese ansetzen könnten. Die Relevanz scheint der breiten Masse allerdings gänzlich verborgen zu bleiben.

### fzs: Thema verfehlt

Diese verstaubte Wahrnehmung der Studis ist ein Grund, warum Kampagnen, wie die aktuelle Antisexismuskampagne des fzs, im Sande verlaufen müssen.

Sie beschränkt sich darauf, ein weiteres Mal Sexismus an der Hochschule zu thematisieren und seine Mechanismen zu erklären. Dabei wird auch das Thema sexuelle Belästigung aufgegriffen. Es wurde eine Broschüre erstellt, die einen sinnvollen Umgang für Betroffene und deren Umfeld vorschlägt. Solche Versuche gab es seit den Neunzigern immer wieder. Die InitiatorInnen der fzs-Kampagne versäumen aber, sich in diesen geschichtlichen Kontext zu setzen. Außerdem ist ihre Zielgruppe sehr schwammig gesetzt. Wenn man die Ausrichtung ihrer Kampagne betrachtet, zeigt sich, dass Studierende angesprochen werden sollen, die sich bisher nicht wirklich mit diesem Thema beschäftigt haben. Wie wir aber bereits festgestellt haben, sind die nicht interessiert. Es werden nur diejenigen angesprochen, die bereits sensibilisiert sind.

entwickelten Thesen und Untersuchungen noch immer aktuell sind. Wobei auffällt, dass die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit nicht im Verhältnis zu dem steht, was erreicht wurde. Wenn wir also mehr tun wollen, als „nur mal wieder drüber reden“, dann ist es notwendig, die eigene Arbeit da anzusetzen, wo bereits Dinge umgesetzt werden und so die stattfindende Arbeit anzuerkennen und zu stärken. Dazu wäre eine Bestandsaufnahme von Nöten, um herauszuarbeiten, welcher Bedarf abgedeckt ist und wo Defizite bestehen. Es ist nach wie



### Feminismus als Chance

Wie aber sollen sich so Verhältnisse ändern? Wie die Kampagne richtig feststellt, ist Sexismus in allen Bereichen des universitären Alltags anzutreffen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass hierüber eine dicke Schicht Staub liegt. Diesen gilt es aufzuwirbeln!

Wie also könnte heute sinnvolle antisexistische Arbeit aussehen?

Zunächst scheint es unumgänglich zu sein, die eigene Arbeit in einen geschichtlichen Kontext zu stellen. Gerade weil in den letzten zwanzig Jahren viel zu den Themen Feminismus und Sexismus gearbeitet wurde, gibt es schon jede Menge Texte, Broschüren, Veröffentlichungen. Beim Durchblättern eines Buches aus den Neunzigern lässt sich leicht feststellen, dass die hier

vor wichtig, für die Institution der Frauenbeauftragten zu kämpfen, damit ihr Status über die reine Formalität hinausgehen kann, sie lebendiger wird und für die antisexistische Arbeit genutzt werden kann.

Des Weiteren muss antisexistische Basisarbeit zielgruppenspezifisch ausgerichtet werden. Denn gerade die Achso-emanzipierten KommilitonInnen rennen sobald das Wort Feminismus fällt schreiend weg. Um sie trotzdem zu erreichen, müssen andere Ansätze gefunden werden, um die Aktualität von Feminismus und Sexismus deutlich zu machen und es muss auf die spezifischen Strukturen des Unialltags eingegangen werden.

Es zeigt sich also einmal mehr, dass die Leute einerseits da abgeholt werden müssen, wo sie stehen und andererseits wir dorthin gehen müssen, wo wir arbeiten wollen.

Hoch die Staubwedel, nieder mit dem Sexismus.

# Greenwashing im Agrobusiness

Der globale Energiemarkt wächst und damit die Nachfrage nach Biomasse wie Mais, Soja und Palmöl zur Treibstoffgewinnung. Nichtregierungsorganisationen (NROs) wie der WWF (World Wide Fund for Nature) beteiligen sich an Zertifizierungsverfahren, die Biomasse als „nachhaltig produziert“ ausweisen und tragen so mit ihrem vermeintlich guten Namen zu deren öffentlichkeitswirksamer Legitimierung bei. Ein Irrweg mit Tradition?  
von BUKO BERLIN (BUERO\_BERLIN@BUKO.INFO)

Um den Klimawandel aufzuhalten und die Erderwärmung zu begrenzen, scheint jedes Mittel recht zu sein. Die EU hat nachwachsende Rohstoffe als neue Energiequellen entdeckt und zum festen Bestandteil zukünftiger Politikstrategien gemacht. Beimischungsquoten für Diesel und Benzin sollen dafür sorgen, dass Agrotreibstoffe aus Mais, Raps oder Palmöl zunehmend genutzt werden. Ein breites Spektrum von Multis des Öl- und Agrobusiness arbeiten gemeinsam mit NROs an der Umwandlung von nachwachsenden Rohstoffen in Treibstoffe. Der Raubbau an Tropenwäldern, die Expansion von Monokulturen, die Missachtung von Menschenrechten oder der gezielte Einsatz von transgenen Pflanzen werden dabei in Kauf genommen und befördert. Bis 2010 will die Europäische Union einen Agrosprit-Anteil von 5,75 Prozent des Gesamtbedarfs erreichen, bis 2020 sollen es 10 Prozent sein. Schon jetzt ist klar, dass die Anbauflächen in den Ländern der EU zur Erreichung dieser Ziele nicht ausreichen. Wirtschaft und Politik setzen auf steigende Importe.

## „Round Tables“ zur Durchsetzung von Partikularinteressen

Der WWF hat es sich zur Aufgabe gemacht, den „nachhaltigen“ Anbau und die „nachhaltige“ Nutzung von Agrotreibstoffen zu gewährleisten. Hierzu hat er „Round Tables“ für „nachhaltiges“ Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil - RSPO) und Soja (Roundtable on Responsible Soy - RTRS) mit ins Leben gerufen. Der RSPO versteht sich als „einzigartige Plattform für die pragmatische Zusammenarbeit, die zur Verbreitung der nachhaltigen Herstellung und Verwendung von Palmöl beiträgt“ (1). Bei diesen „Round Tables“ sitzen der WWF, Oxfam und andere NROs (2) mit Vertreter\_innen der palmölanbauenden und -verarbeitenden Industrie, mit Banken, Chemie- und Nahrungsmittelkonzernen zusammen. Ziel ist es, ein Verfahren zur Zertifizierung dieser umstrittenen Treibstoffe auszuhandeln, natürlich auf strikt freiwilliger Basis seitens der beteiligten Unternehmen. Angesichts der Kräfteverhältnisse an diesen „Round Tables“ kann man sich nur die Augen reiben.

Am „Round Table on Sustainable Palm Oil“ nehmen 18 Nichtregierungsorganisationen und 196 Unternehmen teil. Im Vorstand als Entscheidungsgremium beträgt das Kräfteverhältnis 3:1 für die Wirtschaft. Nicht beteiligt an den Round Tables sind soziale Bewegungen oder die lokale Bevölkerung aus den Hauptanbaugebieten von Agrotreibstoffen.

Diese Art der Zusammenarbeit zwischen NROs und der Industrie gestaltet sich unproblematisch. Grundsätzliche strukturelle Widersprüche und Konflikte werden unter den Teppich gekehrt; Macht- und Herrschaftskritik hat in einem solchen Politikverständnis keinen Raum. Bereits Ende der 1990er Jahre hat die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) mit ihrer Kritik am Lobbyismus die Schwächen derartiger Ansätze deutlich gemacht (3): Anstatt radikale soziale und ökologische Positionen zu beziehen und für diese zu kämpfen, so die Analyse, setzten sich NROs aus dem Norden eher im silbergrauen Anzug mit den Vertreter\_innen der großen Wirtschaftszweige an einen Tisch, um über „gemeinsame Interessen“ zu verhandeln. NROs legitimieren so mit ihrer Teilnahme an Findungsprozessen die getroffenen Entscheidungen; radikale Positionen werden in der Debatte marginalisiert.

## Das westliche Konsummodell wird reproduziert

Die Probleme, die der Lobby-Ansatz politischer Beteiligung mit sich bringt, werden an den „Round Tables“ zur Zertifizierung von Agrotreibstoffen als „nachhaltig“ sehr deutlich. Hinter der Zertifizierung steht der Gedanke, dass bei Agrotreibstoffen alle irgendwie nur gewinnen können – vorausgesetzt bestimmte Kriterien werden eingehalten: die Umwelt sowieso, die Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette von Agrotreibstoffen, die Regierungen und Unternehmen des Nordens, die „Energiesicherheit“ zu einer Hauptsorge erklärt haben, und letztlich auch die Länder des globalen Südens, wo die Rohstoffproduktion mehrheitlich erfolgt. Kritik an den strukturellen Ursachen der (Klima-) Misere – hier würde Naturvernutzung durch den Lebensstil eines kleinen Teils der Menschheit und die kapitalistischen

1 [www.rspo.org/members\\_list.aspx?catid=37&ddlID=39&membercat=9](http://www.rspo.org/members_list.aspx?catid=37&ddlID=39&membercat=9)

2 [www.rspo.org/PDF/RSPO%20Factsheet%20\(German\).pdf](http://www.rspo.org/PDF/RSPO%20Factsheet%20(German).pdf)

3 Vgl. die Positionspapiere zu Lobbyismus und Nachhaltigkeit unter [www.buko.info](http://www.buko.info).



Foto: Markus Pasterny

Produktionsverhältnisse eine zentrale Rolle spielen - und die Frage danach, wem Agrotreibstoffe nützen und schaden und wer diesen Schaden aus welchen Motiven verursacht, wollen die NROs, die mit Unternehmen an einem Tisch sitzen, nicht leisten. Nebenbei wird durch Ansätze von – freiwilliger – „corporate social responsibility“ auch gesetzgeberischen Initiativen für verbindliche und möglicherweise viel weitgehendere Standards vorgebeugt. Und schließlich wird der falsche Eindruck erzeugt, dass die Steigerung der Produktion von Agrotreibstoffen ohne negative soziale und ökologische Nebenwirkungen zu haben sei.

### Agrosprit: Der Ökologische Nutzen ist im besten Falle zweifelhaft

Dabei ist die Kritik an Agrotreibstoffen bis in Regierungs- und Unternehmenskreise vorgedrungen: Ob die Klimabilanz von Agrotreibstoffen tatsächlich günstiger ist, als die fossiler Energieträger ist keinesfalls geklärt (4). Mit Monokulturanbau werden vielmehr neue Umweltprobleme geschaffen. Außerdem führt die gestiegene Nachfrage nach Agrokraftstoffen zum Sinken der Nahrungsmittelproduktion und zum Steigen von Preisen für Grundnahrungsmittel (5). Was also der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells und somit vor allem dem Wohle der Menschen in den Industrieländern dient, geht ganz unmittelbar zu Lasten der armen Bevölkerung des globalen Südens. Beispielsweise haben sich die Preise von Mais, Weizen und Soja zwischen April 2007 und Januar 2008 verdoppelt bis verdreifacht, was die Ernährungssituation großer Teile der globalen Bevölkerung drastisch verschlechtert. Es steht zudem zu befürchten, dass neue gentechnisch veränderte Pflanzen längerfristig auf den Markt gebracht werden, um den Bedarf an Agrokraftstoffen decken zu helfen. Beispielhaft hierfür steht der zur Treibstoffgewinnung hergestellte

Gentech-3272-Mais des Basler Agrarmultis Syngenta (6). Ein Konzern, der auch Mitglied des RSPO ist (7) und diesen mit großzügigen Finanzmitteln „unterstützt“ (8).

### Die Stimme der Betroffenen

Das Anliegen, die mit der erhöhten Produktion von Agrotreibstoffen einhergehenden Probleme zu thematisieren, wird auch von Organisationen aus dem globalen Süden vorgebracht. Nur fällt die Antwort aus dem Süden angemessener, nämlich viel entschiedener, aus: Afrikanische NROs fordern ein sofortiges Moratorium auf die Förderung, Subventionierung und den Import der pflanzlichen Treibstoffe (9). Die britische Umweltorganisation Econexus nimmt diese Forderungen auf und hat einen an die EU gerichteten Aufruf verabschiedet, sämtliche Anreizmaßnahmen für eine Erhöhung der Produktion von Agrokraftstoffen auszusetzen (10). Der Aufruf ist inzwischen von mehr als 200 Organisationen aus Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika unterzeichnet worden. Zertifizierungsansätze werden in dem Aufruf kritisiert, weil bestimmte Auswirkungen der Agrokraftstoff-Produktion, wie z.B. steigende Lebensmittelpreise durch Zertifizierungsansätze nicht verhindert werden können und die von der Produktion betroffene Bevölkerung nicht direkt an der Entwicklung von Standards beteiligt wird. Eine derartige Position ermöglicht es, die mit der Produktion von Agrokraftstoffen verbundenen grundlegenden Macht- und Verteilungsstrukturen zumindest weiterhin zu kritisieren. Sie erscheint daher politisch ungleich sinnvoller, als die Beteiligung an Zertifizierungsmaßnahmen.

Unter den bestehenden Bedingungen kann der Anbau von Biomasse für die Treibstoffproduktion nie nachhaltig sein. Initiativen aus Politik, Wirtschaft und von NROs zur Einführung von Zertifizierungen sind deshalb grundsätzlich abzulehnen.

- 4 „Use of U.S. Croplands for Biofuels Increases Greenhouse Gases Through Emissions from Land-Use Change“, Timothy Searchinger et al., Science Mag., 07.02.2008
- 5 Food and Agricultural Organisation of the UN, [www.fao.org/newsroom/common/ecg/1000808/en/FAOEBRD.pdf](http://www.fao.org/newsroom/common/ecg/1000808/en/FAOEBRD.pdf)
- 6 [www.nadeshda.org/foren/?regionen.suedamerika/p605608a2o.html](http://www.nadeshda.org/foren/?regionen.suedamerika/p605608a2o.html)
- 7 [www.gentechnologie.ch/zeitung/50\\_treibstoff.htm](http://www.gentechnologie.ch/zeitung/50_treibstoff.htm)
- 8 [www.rspo.org/members\\_list.aspx?catid=37&ddIID=39&membercat=13](http://www.rspo.org/members_list.aspx?catid=37&ddIID=39&membercat=13)
- 9 [www.econexus.info/agrofuel\\_moratorium\\_call.html](http://www.econexus.info/agrofuel_moratorium_call.html)
- 10 [www.grain.org/agrofuels/?moratoriumen](http://www.grain.org/agrofuels/?moratoriumen)

## Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!



Jede\_r Studierende der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialen Lagen und Härten, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit noch 160,50 € (einschließlich Sozialfondsbeitrag) pro Semester, entschieden.

Was als Härte und geringes Einkommen gilt, erfährst du im Semesterticketbüro oder im Netz unter [www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix). Dort bekommst du auch Antragsformulare.

Antragsfristen: für das WiSe 2008/2009 **1. Juni bis 31. Juli**. Neuimmatrikulierte haben 6 Wochen nach ihrer Zulassung Zeit, einen Antrag zu stellen.

### Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Hauptgebäude  
Raum 1042

Tel.: 2093-2082  
Fax: 2093-2092

[semnix@refrat.hu-berlin.de](mailto:semnix@refrat.hu-berlin.de)  
[www.refrat.de/semnix](http://www.refrat.de/semnix)

Öffnungszeiten:

Mo. 12 – 15 Uhr  
Mi. 12 – 19 Uhr

Öffnungszeiten:  
während der Antragsfrist

Mo., Di., Fr.,  
Mi. 12 – 15 Uhr  
12 – 19 Uhr

## NFJ Seminare

**24. + 25. Mai 2008**

Äh, ..., die Revolution, äh, ist jetzt...  
Seminar zu Rhetorik und Politik

**31. Mai - 1. Juni 2008**

3, 2, 1 ... Film ab!  
Dein eigener Kurzfilm in  
Höchstgeschwindigkeit

**1. Juni 2008**

Kind sein ist gemein...  
Seminar zu Kinder-Erwach-  
senen-Verhältnissen

Infos & Anmeldung jeweils unter:  
[info@naturfreundejugend-berlin.de](mailto:info@naturfreundejugend-berlin.de)



**do 29.5.**

#4 - Von Berlusconi bis Bertelsmann:  
Die Macht der Medienkonzerne in Europa  
(UL6, SBZ Krähenfuß)

**do 5.6.**

#5 - Frontex und die Militarisierung der europäischen Südgrenze  
(UL6, HS 3059)

**do 12.6.**

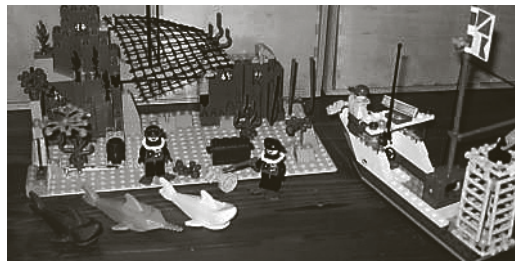
#6 - Polizeikooperationen gegen das Prostitutionsgewerbe  
(UL6, SBZ Krähenfuß)

**do 19.6.**

#7 - FILM: Minority Report  
(UL6, SBZ Krähenfuß)

**do 26.6.**

#8 - FILM: Lichter  
(UL6, SBZ Krähenfuß)



## Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

### Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 14-16 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 14-16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 16  
Tel.: 20 93 - 19 86  
Email: [beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de)

### Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten  
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15  
Tel.: 20 93-10 60  
E-Mail: [beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten  
Montags 12 - 15:30 Uhr  
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16  
Tel.: 20 93-19 86 Internet: [www.refrat.de/soziales/stuki](http://www.refrat.de/soziales/stuki)  
E-Mail: [beratung.kind@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.kind@refrat.hu-berlin.de)

### Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten  
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr  
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr  
März, August und September:  
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6  
Tel.: 20 93-10 62 Internet: [www.refrat.de/soziales/befas](http://www.refrat.de/soziales/befas)  
E-Mail: [beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de)

### Enthinderungsberatung

Sprechzeiten  
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr  
März, August, September:  
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45  
E-Mail: [beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de)  
Internet: [www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung](http://www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung)

### Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten  
Mittwoch 18-20 Uhr  
In den Semesterferien:  
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

### Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten  
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2  
aktuelle Termine: [www.refrat.de/lust](http://www.refrat.de/lust)

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten  
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr  
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5  
Tel.: 20 93-21 45 [www.refrat.de/soziales/arbeit](http://www.refrat.de/soziales/arbeit)  
E-Mail: [beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de](mailto:beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de)

## Hochschulpolitische Reihe des HoPo Referats

Weitere Infos auf [www.refrat.de/hopo.html](http://www.refrat.de/hopo.html)

**Montag 26.5.08,**  
**"McForschung?"**

Die direkten und indirekten wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten und die Definition und Produktion von verwertbarem Wissen.  
MIT MARCO UNGER

**Montag 9.6.08,**  
**Theorie und Praxis der akademischen Selbstverwaltung**

Wie könnte eine wirklich demokratische Universität organisiert sein? Studierende berichten von ihren Erfahrungen in universitären Gremien.  
MIT: KOLJA FUCHSLOCHER, LENA MÜLLER

**Montag 23.6.08,**  
**40 Jahre Maulkorb**

Die Verfasste Studierendenschaft und das politische Mandat. Warum der Asta nicht sagen darf, was er findet, und wie herausgefunden wird, was er sagen darf. MIT: MICHAEL LIPPA

jeweils um 19 Uhr  
in Hörsaal 2014b